

<b>STELLUNGNAHME zum ANTRAG</b>  <b>FDP-OR-Fraktion</b>  vom: 12. März 2008 eingegangen: 12. März 2008	Gremium:  Termin: TOP:  Verantwortlich:	<b>Ortschaftsrat Durlach</b>  <b>02.04.08</b> <b>5</b> <b>öffentlich</b> <b>Umwelt- und</b> <b>Arbeitsschutz</b>
<b>Thema:</b> <b>Messtation für Luftverschmutzung und Feinstaubkonzentration</b>		

Das Luftmessnetz in Baden-Württemberg wird vom Land betrieben. In Durlach gibt es keine stationäre Luftmessstation. Die letzte flächendeckende Rasteruntersuchung fand im Jahre 1994/95 statt. Dabei war ersichtlich, dass in Durlach - wie auch in allen anderen Stadtrandlagen - die Luftqualität besser ist, als im Stadtzentrum.

Die bisherigen Erkenntnisse zeigen, dass Immissionsgrenzwertüberschreitungen dann zu vermuten sind, wenn stark befahrene Straßen einen engen Straßenquerschnitt mit schluchtenartiger Randbebauung (z. B. Geschossbau) haben.

Die genannten Hauptverkehrsstraßen Autobahn A5, Umgehungsstraße B10 und die im Süden liegende B 3 erfüllen diese Voraussetzung nicht. Lediglich der Straßenabschnitt Gymnasiumstraße (B 3) stand im Verdacht von erhöhten Luftschadstoffkonzentrationen und wurde daher von der Stadt seinerzeit der UMEG (heute LUBW) als mögliche Spotmessstelle genannt. Im Rahmen einer landesweiten Voruntersuchung wurde dieser Messpunkt wegen vergleichsweise geringer Verkehrsmenge jedoch nachrangig eingestuft. Dies gilt auch für zahlreiche andere vorgeschlagene Messpunkte im Stadtgebiet.

Das Messprogramm des Landes konzentriert sich angesichts beschränkter Ressourcen auf die Messung an höchst belasteten Stellen. Dies hat in der Vergangenheit bereits dazu geführt, dass der über 20 Jahre in Betrieb befindliche Messpunkt KA-West bei der Entenfangbrücke entfernt wurde.

Der von den Antragstellern vorgeschlagene Messstandort Kreuzung Durlacher Allee/Ernst-Friedrich-Straße ist nicht geeignet hohe Verkehrsbelastungen zu erfassen, da zum einen, die Verkehrsmenge an dieser Stelle vergleichsweise gering und zum anderen, der Straßenquerschnitt außerordentlich breit ist. Eine entsprechende Forderung der Stadt hätte daher keine Aussicht auf Erfolg.